

# Auer Tageblatt

## und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:  
Friedrich Arnold.  
Für die Inserate verantwortlich:  
Arthur Kupper.  
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag  
Gebrüder Ventner  
(Inb.: Paul Ventner)  
in Aue.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Besteller frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungs-Katalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.  
Inserentionspreis: Die siebenzeilige Korpuszeile oder deren Raum 10 Pfg., Reklamen 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten

### Das Wichtigste vom Tage.

Fürst Bülow hat in einem Schreiben an General von Liebert, Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, die Wahlparole aufgestellt: Der Kampf für Ehre und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum.

Die serbische Gesandtschaft in Paris erklärt die Gerichte über die serbische Königsfamilie (antidynastische Bestrebungen im Lande) für vollständig unbegründet.

Der Emir von Afganistan ist gestern befehlswise in Indien eingetroffen. Er wurde vom König von England durch ein Telegramm begrüßt.

In Bulgarien sind die Eisenbahnbeamten wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

\* Näheres siehe unten.

### Das Wahlprogramm der Regierung.

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu Händen des Herrn Generalleutnants v. Liebert nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, Salveiter 1906.

In dem Schreiben des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vom 18. Dezember d. J. ist mir nahegelegt worden, vor der Reichstagswahl noch eine ausführliche Rundrede zu erlassen. Ich komme dieser Anregung gerne nach und bitte für die öffentliche Verbreitung dieser Antwort Sorge zu tragen:

Die parlamentarische Frage, die ich bei meinem Amtsantritt verstand, war nicht wesentlich verschieden von der im letzten Reichstags die bürgerliche Linke in drei, vier Gruppen gehalten: die Rechte einiger zwar, aber an Zahl ebenso schwach, wie die Liberalen zusammen; in der Mitte die liberale Partei, das Zentrum, schon damals nahezu im Stande, entweder selbst Polen, Welfen um mit den Sozialdemokraten oder mit den Konservativen und dem rechten Flügel der Liberalen eine Mehrheit zu bilden. Eine andere Möglichkeit, als mit dem Zentrum die Geschäfte zu erledigen, gab es, namentlich seit den Wahlen von 1903, nicht.

Der Reichskanzler war auf die Mitarbeit dieser Partei angewiesen; er mußte versuchen, ihre Zustimmung zu den im Interesse des Landes notwendigen wirtschaftlichen und nationalen Vorlagen zu erlangen. Daß er dem Zentrum zuliebe staatliche Hoheitsrechte preisgegeben oder sich in religiösen und kulturellen Fragen schwach gezeigt habe, bestreite ich; jedenfalls darf nicht vergessen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, die Verstärkung der Seewehr, die Handelsverträge, die Finanzreform, nur mit Hilfe des Zentrums zu lösen waren und gelöst worden sind.

Ich habe diesen Zustand der Abhängigkeit der parlamentarischen Ergebnisse von dem guten Willen einer Partei in dem vielgestaltigen deutschen Parteigetriebe immer als nicht unbedeutend empfunden. Ihn zu ändern, hatte ich so lange keinen Grund, als das Zentrum sich bereit zeigte, mit den verbündeten Regierungen positive Arbeit zu leisten, und der Versuchung, seine parlamentarische Stärke zu mißbrauchen, nicht nachgab.

Aber bereits im Frühjahr des abgelaufenen Jahres wurden drei dringende nötige Forderungen: die Eisenbahn-Reform, die Entschädigung der Farmer, die Errichtung eines Kolonialamtes durch eine von Zentrum und Sozialdemokratie geführte Oppositionsmehrheit verworfen. Damals konnte ich, von schwerer Krankheit noch nicht erholt, nicht eingreifen. Aber es reifte in mir der Entschluß, jedem neuen Versuch solcher Nachproben bei kritischen und wichtigen Angelegenheiten des Reiches mit aller Kraft entgegenzutreten. Neben der dann notwendigen Wahrung der Autorität der Regierung und ihrer Stellung über den Parteien schien mir auch ein gewisser Wandel in den doktrinalen Anschauungen der Vertreter des liberalen Bürgerturns und der steigende Widerwille gegen das sozialdemokratische Treiben die Hoffnung zu rechtfertigen, daß eine Aenderung der parlamentarischen Lage durch das deutsche Volk selbst möglich sei.

In Deutschland gibt es keine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive Politik zu machen. Es ist jetzt nicht der Augenblick, Fehler, die begangen, Gelegenheiten, die verkannt worden sind, nachzureden. Jedemfalls haben es innere Uneinigkeiten, negativer Dogmatismus, Uebertreibung der Prinzipien und Unterschätzung des praktischen Erfolges nicht zu dem vom Liberalismus erstrebenden Einfluß auf die Regierungsgeschäfte kommen lassen. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich darin manches geändert. Ich denke an Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die fortschreitende Ueberwindung der Manchesterdoktrin, vor allem an das wachsende Verständnis für

große nationale Fragen. Manches wird noch zu lernen sein. Maßhalten, richtiges Augenmaß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse.

Ich glaube nun keineswegs, daß aus den Wahlen eine große geeinigte liberale Partei hervorgehen und etwa den Platz des Zentrums einnehmen könnte. Wohl aber könnten die Parteien der Rechten, die nationalliberale Partei und die weiter links stehenden freisinnigen Gruppen bei zielbewusstem Vorgehen im Wahlkampf so viel Boden gewinnen, um eine Mehrheit von Fall zu Fall zu bilden. Den starken Gegensatz, der bisher zwischen den Parteien der Rechten und denen der bürgerlichen Linken in wirtschaftlichen Fragen bestanden hat, halte ich für kein unüberwindliches Hindernis. Der unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft ist in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus gesichert, und mancher freisinnige Mann hat schon unter vier Augen zugegeben, daß sie auch für die städtischen Interessen nicht ungünstig gewirkt haben. Jedenfalls müssen die Gegner der Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fortwährenden Aufschwüngen erfreuen.

Andererseits führt bereits eine gute Brücke über das trennende Wasser. Die konservativen Parteien und die Nationalliberalen sind in allen großen Fragen, wo es sich um Wohl und Weh der Nation, ihre Einheit, ihre Wachstumsfähigkeit, zuverlässig gewesen. Die Nation ging ihnen über die Partei. Das ist ihr Ruhm, den werden sie behaupten. Je mehr auf der Linken die Bereitschaft zur Verwirklichung der großen nationalen Bedürfnisse für den Kolonialkrieg, für Meer und Flotte zunimmt, um so breiter und fester kann die Brücke werden, und wohl würden sich auch die nationalgefeimten Elemente, die im Zentrum vorhanden sind, mit allen anderen bürgerlichen Parteien in solchen Fragen leichter zusammenschließen, wenn mit dem Wegfall der Möglichkeit einer schwarzroten Majorität der Fraktionsgegensatz des Zentrums der Handhabe beraubt wäre, sich rücksichtslos gegen die Regierung geltend zu machen.

Die bedeutendste Folge davon, daß sich das Zentrum der sozialdemokratischen Stimmen zur Bildung eines oppositionellen Blockes bedienen konnte, war die Bedeutung, die dadurch die Sozialdemokratie selbst im verflochtenen Reichstags erlangte. Da bietet sich ein weiteres höchwichtiges Feld gemeinsamer Sorgen und Arbeit aller nationalen Elemente. Entgegen der leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, daß die Reaktion im Reich von rechts drohe und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen Ueberzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie. Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftsströme kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang — alles, was sich etwa irgendwo in Deutschland an reaktionärer Stimmung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterminierung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den wild gewordenen Spitzbürger und phrasentrunkenen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien.

Als nun das Zentrum sogar bei einer Angelegenheit, die die deutsche Waffenherrlichkeit und unser Ansehen vor der Welt berührte, und unmittelbar nach der freiwilligen Ausprägung über unerträgliche Einmischungen in den inneren Kolonialdienst eigenwillig den verbündeten Regierungen eine unannehmbare Klausel aufzunötigen suchte, und als es dann mit Hilfe der Sozialdemokratie einer sachgemäßen freisinnigen Antrag wiederholte, mußte von dem verfassungsmäßigen Mittel zur Wahrung der Autorität der Regierung Gebrauch gemacht und der Reichstag aufgelöst werden. Die Abstimmung vom 13. Dezember war ein Schlag gegen die verbündeten Regierungen und die nationale Würde. Ich arbeite mit jeder Partei, welche die großen nationalen Gesichtspunkte achtet. Wo diese Gesichtspunkte mißachtet werden, hört die Freundschaft auf. Niemand in Deutschland will ein persönliches Regiment. Die große Mehrheit des deutschen Volks will aber ein recht sein Parteiregiment. Es ist deutsche Eigenart, deutsches Schicksal, daß wir unsere politische Stellung bis zur Stunde der Gefahr lieber nach Gefühlen und allgemeinen Begriffen, als nach realen Interessen und nationalen Zielen nehmen. Obgleich es für Kaiser und Bundesfürsten nicht Katholiken und Protestanten, sondern nur schlechtweg Deutsche gibt, die den gleichmäßigen Schutz der Gesetze genießen, besteht doch die stärkste Partei im Reichstagsausschluß aus Katholiken. Für Wahrheit, Freiheit und Recht steht im Programm des Zentrums. Ist es aber wahr, wenn es in dem Aufruf der rheinischen Zentrumspartei heißt, im Hintergrund lauere ein neuer Kulturkampf? Im paritätischen Deutschland geht es der katholischen Kirche wohlher als in manchen katholischen Ländern, und kein Vertreter der verbündeten Regierungen denkt daran, die Parteilichkeit aufzuheben, die Gewissensfreiheit zu verletzen und die katholische Religion zu bedrängen. In jener Behauptung dient die Religion nur als Mittel zum Schutze politischer Fraktionsinteressen. Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, obgleich die deutschen Arbeiter die befehlshabenden der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder

als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will.

Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich freimachen. Der liberale Städter und Landmann ist daran nicht weniger beteiligt als der Konservative. Mögen die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen noch so große Verschiedenheiten aufweisen, die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge zu behalten haben, was sie damals einigte: der Kampf für Ehr und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum. Ich stelle die Sozialdemokraten voran, weil jede Niederlage der Sozialdemokratie eine Warnung für ihren blinden Uebermut, eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwicklung und eine Beschleunigung unserer Stellung nach außen wäre, und weil dadurch zugleich die Möglichkeit erschwert würde, daß eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Parteien einnimmt.

Der Reichskanzler,  
Bülow.

An  
den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zu Händen des Herrn Generalleutnants v. Liebert, Erzellung.

In den Ausführungen des Fürsten Bülow geht Zutreffendes und Unzutreffendes, Berechtigtes und Schiefes bunt durcheinander. Wenn Fürst Bülow in dem jetzigen Wahlkampf nicht erliegen will, dann muß er sich, falls es dazu überhaupt noch Zeit ist, nach einer anderen Wahlparole umsehen, es sei denn, daß er, was man ja wohl zwischen den Zeilen seines Schreibens herauslesen kann, im Grunde des Herzens schon entschlossen ist, mit dem Zentrum, nämlich, wenn es siegreich aus dem Wahlkampf hervorgeht, seinen Frieden zu machen und wieder Hand in Hand zu gehen. In Anbetracht dieses Umstandes und der Tatsache, daß in der Rundgebung des Reichskanzlers von irgend welchen Garantien für eine Schwächung des bisherigen reaktionären Kurzes nicht die Rede ist, muß für alle wirklich Liberalen die Wahlparole nach wie vor lauten: Gegen die reaktionären Parteien!

### Politische Tageschau.

Aue, 3. Januar 1907.

#### Die Zeit drängt!

Während die Sozialdemokratie bereits in 332 Wahlkreisen ihre Kandidaten aufgestellt hat, sind die bürgerlichen Parteien mit der Nominierung ihrer Kandidaten noch arg im Rückstande, natürlich das Zentrum ausgenommen, das sich bekanntlich einer ausgezeichneten politischen Organisation erfreut. Es ist eben wieder das alte traurige Lied, das man anstimmen muß über den Mangel eines annehmbar funktionierenden Wahlapparates bei den meisten, insbesondere den liberalen Fraktionen. Das beste politische Programm wirbt der Partei nicht annähernd soviel Anhänger wie eine unermüdete, vorzüglich geleitete Agitation, die nicht erst da ansetzen darf, wenn die Neuwahlen vor der Tür stehen. Es herrscht aber leider bei den bürgerlichen Parteien der Mangel, die Hände in den Schoß zu legen, wenn die Wahlkraft geschlagen wurde, und sich erst dann wieder zu regen, wenn der Rumor von neuem losgeht. Was würde man von einer Armeeführung sagen, die erst dann Retrunen aushebt, Gewehre und Kanonen anfertigen läßt, wenn der Krieg schon erklärt ist! Genau so aber machen es fast alle bürgerlichen Parteien. Sind die Abgeordneten einmal gewählt, so lassen sie sich während der ganzen Legislaturperiode nur höchst selten oder garnicht in ihren Wahlkreisen sehen, und es ist einzig die Parteipresse, die „Zwischen den Schlachten“ dafür zu sorgen hat, daß das politische Interesse der Wählerschaft nicht gänzlich einschläft. Es sei, um nur ein Beispiel herauszugreifen, darauf verwiesen, wie schwach sich die antiagratischen Parteien gegen die Fleischsteuerung gewährt haben, während die Sozialdemokratie eine Unmasse Versammlungen gegen den „Lebensmittelschwund“ abhielt und diese Kalamität ausgezeichnet agitatorisch für ihre Zwecke auszunutzen versteht. Ist es da ein Wunder, wenn auch viele bürgerliche Wähler rote Stimmzettel in die Wahlurne werfen? Es ist also höchste Zeit, daß die bürgerlichen Parteien mit der Wahlpropaganda ein Eilguckelempfe einschlagen, denn sonst können sie böse Ueberraschungen erleben!

#### Die Nebenregierung des Zentrums.

Sehr schwerwiegende und aufregende Enthüllungen über die Nebenregierung des Zentrums werden in der Täglichen Rundschau gemacht — allerdings sehr tendenziös ist und auch gern unwillkürlich läßt, was sie fälschlich berichtet. Das Blatt schreibt u. a.: Unsere ungenügende Flottenrüstung verdanken wir dem Einflusse des Zentrums im Reichsmarineamt und der Zentrumsfurcht des Herrn v. Tirpitz, die stärker war als seine sachgemäße Ueberzeugung. Vom Kabinettsministerium des Herrn v. Studt, der immer noch Minister ist, ist kaum zu reden; jedermann weiß, daß das Zentrum dort vermost hat und noch vermag; aber auch in anderen Ministerien wurde geseufzt und — der Allmacht des Zentrums